

## 1 Stellungnahme zum aktuellen Stand der Statistik der öffent- 2 lich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit

3 „Jugendverbände stellen die historisch älteste Ausprägung einer organisierten Jugendarbeit dar  
4 und sind ein feststehender Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit. [...]   
5 Es ist davon auszugehen, dass ein weit überwiegender Teil der Angebote durch Jugendverbände,  
6 Jugendringe, Jugendgruppen erbracht werden.“<sup>1</sup>

7 Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) teilt und unterstützt (daher) das Ziel, vergleichbare Da-  
8 ten über die Jugendarbeit regelmäßig zu erheben und entsprechend auszuwerten, so auch im  
9 Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik i.S. §§ 98 ff SGB VIII. Er sieht es sowohl  
10 im Interesse der Jugendverbände und -ringe als auch in dem der Jugendarbeit, mit einer wie-  
11 derkehrenden Datenerhebung die Reichweite von Jugendverbandsarbeit und Jugendarbeit wis-  
12 senschaftlich quantitativ aufzeigen zu können. Deshalb ist es eine wesentliche Voraussetzung,  
13 dass die Verbreitung und Beteiligung an der Befragung möglichst umfassend ist. Dies erfordert  
14 unabdingbar, dass der damit verbundene Aufwand vor allem für die in Jugendverbänden oft  
15 ehrenamtlichen Verantwortungsträger\_innen so gering wie möglich und die Befragung quasi  
16 selbsterklärend ist. Dazu muss der Untersuchungsgegenstand eindeutig bestimmt und benannt  
17 sein. Für die Verwertbarkeit der Daten u.a. in jugendpolitischen Planungsprozessen erfordern  
18 die Ergebnisse Eindeutigkeit und so wenig Interpretationsspielräume wie möglich. Ebenso muss  
19 allen Beteiligten klar sein, dass mit einer Erhebung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfesta-  
20 tistik nur ein begrenzter Ausschnitt der Jugendarbeit erfasst wird. Dies ist zwingend in sämtli-  
21 cher Kommunikation in Zusammenhang mit der Statistik darzustellen. Zudem muss der Auf-  
22 wand, der mit der Datenerhebung verbunden ist, besonders für ehrenamtliche Strukturen mög-  
23 lichst gering bleiben.

24 Die bisherige Maßnahmenstatistik war zuletzt nicht mehr aussagekräftig genug und der Vielfalt  
25 der Tätigkeiten und Angebote der Jugendarbeit auch nicht mehr angemessen. Aus allen diesen  
26 Gründen haben sich der DBJR und die Landesjugendringe von Anfang an aktiv in die Entwicklung  
27 einer neuen amtlichen Statistik eingebracht und diese sowohl konstruktiv als auch kritisch ver-  
28 folgt. Die derzeit laufende Einführung und Umsetzung der *Statistik der öffentlich geförderten*  
29 *Angebote der Kinder- und Jugendarbeit* (kurz: Statistik) begleiten die Jugendverbände und -  
30 ringe ebenso intensiv.

---

<sup>1</sup> 14. Kinder- und Jugendbericht in BT-Drucksache 17/12200, S. 319

31 Die Kommunikation über und die Einführung der Statistik in den einzelnen Bundesländern ist  
32 sehr ungleichzeitig und unterschiedlich gestartet. Bereits jetzt werden – u.a. deshalb – starke  
33 Probleme festgestellt, die die Akzeptanz der Statistik doppelt beeinträchtigen. Bei den Verant-  
34 wortlichen der Träger sinkt zum einen die Bereitschaft, sich konstruktiv an der Erhebung zu  
35 beteiligen. Zum anderen besteht zunehmend die Gefahr, dass die Ergebnisse der Erhebung un-  
36 abhängig von ihrer tatsächlichen Qualität und Aussagekraft nicht als nutzbar akzeptiert und  
37 infrage gestellt werden.

38 **Der DBJR erkennt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vor allem die folgenden Problem-**  
39 **kreise:**

40 • Erfassung der Berichtspflichtigen, vor allem auf der örtlichen Ebene: Die Zusam-  
41 menstellung der Adressdatensätze bedeutet für einige (Landes)-Verbände eine  
42 deutliche Arbeitsbelastung, vor allem wenn es sich um Dachverbände handelt  
43 und/oder es noch innerverbandliche Zwischenebenen gibt. Die jeweiligen Postad-  
44 ressen der Gliederungen ändern sich (wiederkehrend), z.B. wenn es sich um die Pri-  
45 vatadressen der jeweiligen Verantwortungsträger\_innen handelt und damit mit dem  
46 jeweiligen Vorsitz verknüpft sind. Während die Binnenkommunikation in den Struk-  
47 turen i.d.R. nicht mehr von Postadressen abhängig ist, ist dies derzeit bei der Sta-  
48 tistik sehr wohl der Fall. Auch von Jugendämtern liegen ähnliche Rückmeldungen  
49 vor. Deren Aufwand, die aktuellen Postadressen aller von ihnen anerkannten freien  
50 Träger der Jugendhilfe bereitzustellen, ist – vor allem wenn die Anerkennung schon  
51 Jahrzehnte zurückliegt und der Träger aktuell nicht durch das entsprechende Ju-  
52 gendamt gefördert wird – sehr groß. Die aufwendige Erfassung und Überprüfung  
53 aller Daten wäre daher zukünftig alle zwei Jahre neu zu leisten.

54 • Abgrenzung der zu erfassenden Maßnahmen: Es gibt große Unsicherheiten bei der  
55 Abgrenzung, welche Maßnahme aufgrund ihrer Förderung zu erfassen ist und welche  
56 nicht. Die Statistischen Landesämter sind dazu oft nicht sprachfähig. Die Aussagen  
57 in den einzelnen Bundesländern sind daher teilweise widersprüchlich. Eine zielfüh-  
58 rende Klärung kann nicht den Verbänden oder gar den Gliederungen vor Ort über-  
59 tragen werden, sondern muss vorab durch nachvollziehbare, bundesweit einheitli-  
60 che und mit typischen Fallbeispielen nachvollziehbar gemachte Kriterien ermöglicht  
61 werde. Die bisherigen Aktivitäten und Hilfestellungen des Statistischen Bundesam-  
62 tes und der vom BMFSFJ geförderten Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik  
63 (AKJStat) erkennt der DBJR an, muss aber feststellen, dass sie noch nicht ausreichen.

64 • Arbeitsaufwand und Aufwand-Nutzen-Relation: Bereits jetzt ist der Aufwand für die  
65 Jugendverbände und -ringe sehr hoch und es zeichnet sich ab, dass dieser mit dem  
66 Eintritt in die eigentlichen Erfassung noch steigen wird, da es sich um eine hohe

67 Anzahl zu erfassender Merkmale handelt und deren Ausprägungen nicht immer ein-  
68 deutig zu bestimmen sind. Vor allem für die Ehrenamtlichen stellt dieses eine große  
69 zusätzliche Belastung dar. Zusammen mit anderen „bürokratischen“ Anforderungen  
70 wird so zunehmend die Motivation von (potentiellen) Ehrenamtlichen reduziert,  
71 entsprechende Funktionen auszuüben bzw. zu übernehmen. Insgesamt betrachtet,  
72 stellt der DBJR daher die Frage, ob der Aufwand den Erkenntnisnutzen rechtfertigt.  
73 Vor diesem Hintergrund kritisiert der DBJR, dass mögliche und bereits vorgeschla-  
74 gene Maßnahmen zur Vereinfachung und Aufwandsreduzierung der Auskunftgeben-  
75 den (insbesondere auch Ehrenamtliche) in den Ländern zum Teil nicht ausreichend  
76 von den Statistischen Landesämtern geprüft werden. Der DBJR fordert die Statisti-  
77 schen Ämter hier zu mehr Flexibilität und einem konstruktiven Umgang mit den Be-  
78 dürfnissen der Auskunftgebenden aus der Jugendarbeit auf.

79 • Kommunikation: Die Kommunikation zur Statistik ist sowohl im Grundsatz als auch  
80 in der operativen Umsetzung trotz der entsprechenden Anstrengungen durch die  
81 AKJStat, die Landesjugendringe und den DBJR noch nicht ausreichend. Zum einen  
82 sieht der DBJR den Bedarf, Hintergrund, Ziel, Interessen und Nutzen in Hinblick auf  
83 die Statistik deutlicher zu machen, zum anderen sollte die Kommunikation in den  
84 Ländern (z.B. Schreiben der statistischen Landesämter) u.a. in Hinblick auf Ver-  
85 ständlichkeit für Ehrenamtliche überprüft und auch vereinheitlicht werden. Dazu  
86 benötigen auch die Statistischen Landesämter mehr jugendarbeitsspezifische Bera-  
87 tung und Unterstützung.

88 • Es ist aus Sicht des DBJR bereits jetzt abzusehen, dass – wie bei anderen Erhebungen  
89 auch – bei dieser ersten Erhebung Erfassungsfehler unvermeidlich sind, so dass die  
90 Daten der ersten Erhebung nur sehr begrenzt für wissenschaftliche Arbeiten oder  
91 jugendpolitische Bewertungen nutzbar sein werden. Der Grad der Einschränkungen  
92 bei der Aussagekraft der Statistik sollte im Rahmen einer zeitnahen Evaluation durch  
93 die Statistischen Ämter, herausgearbeitet werden. Dies sollte durch alle Beteiligten  
94 anerkannt und kommuniziert werden, um daraus resultierende Unsicherheiten zu  
95 vermeiden.

96 • Datenfriedhöfe vermeiden: Die amtliche Statistik der öffentlich geförderten Ange-  
97 bote der Kinder- und Jugendarbeit ist in vielen Bundesländern oder Kommunen  
98 nicht die einzige Erhebung. Oftmals erfolgen unterschiedliche Erhebungen mit ähn-  
99 lichen Fragen zu identischen Trägern, Angeboten und Zielgruppen z.B. auch durch  
100 die Landesebene und/oder den Örtlichen Träger. Dies ist eine entsprechende drei-  
101 fache Belastung für Jugendverbände. Hier muss zwingend geklärt werden, wie solche  
102 Statistiken konform gehen können, bzw. wie diese miteinander verzahnt werden.

103 **Aufgrund dieser Problemlagen:**

104 1.) bittet der DBJR alle auf Bundesebene für die Statistik Verantwortlichen, vor al-  
105 lem BMFSFJ, Statistisches Bundesamt, die Statistischen Landesämter und AKJStat  
106 um ein kurzfristiges gemeinsames Gespräch, um die bekannten Probleme unabhän-  
107 gig von Ursache und Verantwortlichkeiten zu analysieren und Verabredungen zur  
108 Behebung oder Verbesserung zu treffen.

109 2.) fordert der DBJR das BMFSFJ und den Gesetzgeber auf, sicherzustellen, dass  
110 nach Abschluss der aktuellen Erhebungsrunde eine zeitnahe, umfassende Evalua-  
111 tion des Konzeptes sowie notwendige Änderungen sehr grundsätzlich stattfinden  
112 können, ohne dass diese Möglichkeiten durch die notwendigen Vorbereitungen der  
113 folgenden Erhebung beschnitten werden. Sofern keine tragfähigen Lösungen zur  
114 Qualitätsverbesserung der Statistik erarbeitet werden können, könnte dies auch be-  
115 deuten, die folgende Erhebung zu verschieben.

116 3.) fordert der DBJR alle Beteiligten auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten  
117 sicherzustellen, dass bei der Verwendung der Ergebnisse dieser ersten Erhebung die  
118 hier dargestellten Qualitätsprobleme und die zu erwartenden Einschränkungen bei  
119 der Aussagekraft berücksichtigt und kommuniziert werden. Eine solche Qualitäts-  
120 prüfung, an der sich der DBJR und die Landesjugendringe intensiv beteiligen wer-  
121 den, könnte beispielsweise auch bedeuten, Ergebnisse auf der kommunalen Ebene  
122 für diese erste Erhebung grundsätzlich nicht zu veröffentlichen.